

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

30 (4.2.1887)

Einen Appell

an den soldatischen Geist haben, so schreibt die „Post“, patriotische Männer erlassen, indem sie die Deutschen, welche ehemals unter den Fahnen gestanden, und insbesondere auch diejenigen, welche sich demnachst zu Kriegervereinen zusammengethan, an ihre Pflicht den Septennatsverweigerern gegenüber mahnten. Es bezeichnet den Mangel an Einsicht in Verhältnisse, die zum nicht geringen Theil das Vertrauen auf die Widerstandskraft unseres Vaterlandes gegenüber äußeren Angriffen begründen, wenn ein derartiger Appell — es ist dies jetzt wieder mit dem vom Generallieutenant z. D. v. b. Tann an seine alten Kriegskameraden gerichteten der Fall — bei den Pressorganen der in Rede stehenden Opposition befreundet oder wenn gar seine Berechtigung angefochten wird. Es stünde recht schlimm mit uns, wenn es nicht als ganz selbstverständlich vorausgesetzt werden könnte, daß diejenigen, welche des Königs Noth getragen, auch im Zivilleben sich in besonderem Grade geistig verknüpft fühlen mit Denjenigen, welche jetzt noch in Reich und Glied stehen, wenn nicht angenommen werden könnte, daß die ehemaligen Soldaten in der Mehrzahl ebenso ein besonderes Interesse, wie ein besonderes Verständnis für das Geschick der Armee sich erhalten haben und es als eine Kränkung empfinden, die ihnen selbst angethan wird, wenn man es ablehnt, für die Armee diejenige Fürsorge zu treffen, welche ihre Erhaltung und ihre angemessene Kräftigung notwendig machen. Müßten wir doch versichert sein, daß, wenn der Kaiser ruft, die ehemaligen Soldaten, von demselben Geiste erfüllt wie damals, als sie zuerst unter den Waffen standen, sich zur Verteidigungsmauer zusammenschließen. Nun ist es der Kaiser, ihr oberster Kriegsherr, der klar und unzweideutig kundgethan, was er für erforderlich hält, um den lebendigen Wall, den die Armee für den Schutz des Vaterlandes darstellt, festgesetzt und lückenlos zu erhalten, und es sollte nicht erwartet werden können, daß sie dies als eine zu ihrem innersten Herzen gehende Mahnung empfinden, gewissermaßen auch am Wahltag in Reich und Glied zu treten und das Vertrauen und die Liebe zu rechtfertigen, welche der greise Held, der die deutsche Kaiserkrone trägt, bei jeder Gelegenheit zu seinen ehemaligen Soldaten an den Tag zu legen nicht müde wird? Sicherlich, die Armee soll über den Parteien stehen und steht über den Parteien, aber ein Appell, sich gegen die Septennatsverweigerer zu vereinen, bedeutet ja eben die mannhafte Verteidigung gegen eine Koalition, welche die Fürsorge für die Armee zum politischen Streitobjekt, zum festen Zankapfel unter den Parteien herabgewürdigt wissen will. Gewiß, die ehemalige Angehörigkeit zur Armee und das Gefühl der Treue zu Kaiser und Reich bestimmt nicht in allen Fragen die politische Richtung in maßgebender Weise. Aber bedeutet es denn, sich zu einem bestimmten politischen Prinzip zu bekennen, wenn man Stellung nimmt in dem Streit, der um die Gültigkeitsdauer der Bewilligungen für die Armee künstlich entfacht worden ist? Wäre ein politisches Recht beeinträchtigt worden, wenn der Reichstag sich für das Septennat entschieden hätte? Hätte ein solches Votum einen Verstoß gegen irgend ein in Betracht kommendes Parteiprogramm dargestellt? Die Sozialdemokraten ebensowohl als die Volksparteiler, welche die Einen gegen jedes Heer, die Andern gegen jede stehende Armee sind, kommen ja, wenn es sich um den Beschluß über solche Bewilligungen handelt, streng genommen überhaupt nicht in Betracht, obwohl die Volksparteiler mit der Majorität für das Triennat gestimmt, eben weil deren Votum den ausgesprochenen Zweck der Vereitelung des Zustandekommens irgend einer brauchbaren Entscheidung verfolgte. Die wenigen Vertreter des kleinen Häufchens der Volkspartei haben aber bei den verschiedensten Gelegenheiten einsehen gelernt, wie klug sie daran thun, ehemaligen Soldaten gegenüber, auch wenn diese sonst ihnen politisch nahe stehen sollten, von dem militärpolitischen Ideal der Partei recht still und ruhig zu sein, und die Sozialdemokraten — sind sie es nicht, gegen deren Angriff auf die Güter, die uns Allen heilig sind, die Armee uns verteidigen soll, wenn die rothen Bataillone es einmal wagen sollten, vom Sturm zur That überzugehen? Wer aber insbesondere die Zwecke, denen sich die Kriegervereine gewidmet, in's Auge faßt, der kann nicht zweifelhaft darüber sein, daß ihre Mitglieder nur auf der Seite stehen können, auf welcher man die Sicherheit des Vaterlandes über die Spekulationen der Parteipolitik stellt. Man sehe sich darauf hin die Statuten irgend einer solchen Vereinigung an. So lesen wir in den uns vorliegenden Statuten einer der größten dieser Vereinigungen, daß als Aufgabe des Bundes schon im ersten Paragraphen hervorgehoben wird: militärische Kameradschaft auch im bürgerlichen Leben zu üben und in patriotischer Gesinnung und gegenseitiger Hilfeleistung zu betheiligen, und so finden wir, daß es nicht veräußert worden ist, hervorzuheben, daß die Zwecke des Bundes im Einzelnen dahingehen, das Nationalbewußtsein zu fördern, die guten Gesinnungen für Kaiser und Reich, für König und Vaterland in Treue und Liebe wach zu erhalten und zu befestigen. Wer sich zu solchen Zielen bekennet, der kann doch wahrlich nicht Leute als Vertreter seiner Gesinnungen erachten, welche durch ihr Verhalten eine offensichtliche Geringschätzung der von dem „Verwalter der Machtmittel des Reiches“ — als solcher erscheint der Kaiser in der

Verfassung — und von dem obersten Kriegsherrn dringend geäußerten Hoffnungen und Erwartungen an den Tag legten, zumal in einer Situation, deren Schwierigkeit mindestens irgendwo gelengnet und verkannt werden konnte. Wer da behauptet, daß durch einen Appell in dieser Sache an die ehemaligen Soldaten und an die Kriegervereine Uneinigkeit hineingetragen werden könnte in deren Kreise, der nimmt an, daß in diesen Kreisen eine Einigkeit über die Nothwendigkeit der Pflichterfüllung gegenüber dem Vaterlande im Geiste soldatischer Treupflicht nicht bestehe. Könnte man dann aber noch so hellen Auges in die Zukunft blicken, wie wir es Gott sei Dank vermögen?

Zeitungsstimmen.

Die „Nordb. Allgem. Zeitung“ schreibt: Die russische Presse ist jetzt gerade wieder so deutschfeindlich geworden, wie sie es vor der vielberufenen Kundgebung des „Regierungsboten“ war. Höchstens wäre vielleicht zu sagen, daß sie sich in ihren Ausdrücken etwas gemäßigter zeigt. In diesem Augenblick scheint sie dem Lösungswort zu gehören, Deutschland als den Friedensförderer Europas darzustellen. Die „Nowosti“ (ein jüdisch-politisches Blatt) schreiben, „das Spiel mit dem Feuer, das man in Berlin treibe, sei sehr gefährlich. — Rußland werde sich hoffentlich nicht verleiten lassen, auf die Freundschaft Frankreichs zu verzichten um irgend eines phantastischen Dienstes willen, den Deutschland Rußland etwa erweisen wolle, indem es verspreche, sich in die russischen Auseinandersetzungen mit Oesterreich (wegen Bulgariens) nicht zu mischen. Der panlawistische „Swet“ sagt: Deutschland allein wünsche den Krieg, und zwar aus inneren und äußeren Gründen: Die politische Hegemonie des Deutschen Reiches sei fast erschüttert und müsse sie fallen, so wäre es natürlich besser und ehrenvoller, wenn das in Folge eines unglücklichen Krieges geschehe, als in Folge innerer Zerfurchung.“

Einen Artikel „Zentrumsmann oder gläubiger Katholik?“ schließt die „Konservative Korrespondenz“ folgendenmaßen: „Der Schwerpunkt dessen, was sich den Erwägungen der katholischen kirchlichen Autoritäten, wie uns scheint, jetzt andrängen müßte, liegt aber noch auf einem andern Gebiet. Die Zentrumsfrage rührt sich der strammen Disziplin der Zentrumsmitglieder, die deren blinde Gehorsam auch bei der Aufgabe der Unterstützung eines Demokraten und Gegners des Christenthums verbürgt. Man rechnet denn auch so sicher auf die Vollendung dieser Abrechnung, daß man selbst dem Ehrgefühl dieser Zentrumsmitglieder gar nicht ins Gesicht schlägt und in Zentrumsblättern offen anspricht, in diesen oder jenen Kreisen müsse der freisinnige Kandidat von den Katholiken unterstützt werden, weil umgekehrt die freisinnigen Wähler eine Unterstützung der Zentrumskandidaten ablehnen würden. Was liegt diesem Fanatismus, wie wir sagen können, des Gehorsams aber zu Grunde? Wenn Herr Windthorst uns versichern kann, daß alle diese Zentrumsmitglieder für den Demokraten und für ihn, den Welsen, eintreten, weil sie ebenfalls dem Hohenzollernthum, der Macht der Krone oder dem Deutschen Reich feindlich gesinnt sind, so müssen wir uns bescheiden; nur versichere man uns dann in Zukunft mit jedem „konservativen“ Aufzug des Zentrums. Will und muß aber Herr Windthorst der Wahrheit gemäß einräumen, daß diese beherrschten Zentrumsmitglieder blindlings seinem Gebote folgen, weil sie damit einer religiösen Pflicht zu genügen glauben, weil sie ihn für einen Vorkämpfer der katholischen Kirche und nicht des Weltenthums und des nachläßlichen Parlamentsdemokratismus halten, dann hat die katholische Kirche um der Sache des Christenthums und der gemeinen Ehrlichkeit willen die Pflicht und ein dringendes Interesse daran, daß diesem schändlichen Anflug des Mißbrauchs, der mit ihrem Namen und der Vorphieglung religiöser und kirchlicher Zielpunkte getrieben wird, gesteuert werde. Und der Erfüllung dieser Aufgabe helfen wir mit Sicherheit entgegen, weil die katholischen kirchlichen Autoritäten wissen, daß die zunächst gewählte Junge, die heute im Staatswesen mit der Demokratie fraternisirt und gegen die Macht der Krone und die Stellen, wo ihre ersten Diener stehen, ihr Gift spritzt, sich morgen gegen sie wenden wird.“

Nachdem der „Schwäbische Merkur“ darauf hingewiesen hat, daß die Ausstellungen, als ob die Reichsregierung allerlei reaktionäre Ansichten im Schilde führe, von dem Fürsten Bismarck selbst bündig als das hingestellt seien, was sie sind, ein nichtsmüthiges sinnloses Wahlmanöver, fährt er fort: „Ob das Volk mehr Vertrauen hat zu den Männern, welche das Reich geschaffen haben, oder zu denen, welche den Verträgen und Gesetzen, auf denen es ruht, vom ersten bis zum heutigen Tag beharrlich Opposition gemacht haben und heute noch die Zeiten des Bundesstags anzupreisen wagen — diese Frage muß sich in den Wahlen entscheiden. Daß sie nur aufgeworfen werden kann, ist beschämend. Aber der Deutsche hat eine merkwürdige Abneigung gegen das wahrhaft Große, das er auf seinem Alltagswege findet. Goethe hat das einmal noch stärker ausgedrückt: „Sie müssen etwas Großes haben, das sie hassen können.“ Der Dichter sagte das zu Eckermann aus Veranlassung einer Rede, die der große englische Staatsmann Canning über auswärtige Politik hielt und die den Briten groß erschien. Canning's Rede, fuhr er fort, ist das Produkt eines großen Verstandes. Er fühlte sehr gut den Umfang seiner Gewalt und die Größe seiner Stellung, und er hat recht, daß er spricht, wie er sich empfindet. Aber das können diese Sausculotten nicht begreifen, und was uns anderen groß erscheint, erscheint ihnen groß. Das Große ist ihnen unabweimel, sie haben keine Ader, es zu verehren, sie können es nicht dulden.“

Ohne Zweifel mit hoher Befriedigung führt die „Freisinnige Zeitung“ folgende Stelle des „Westfälischen Merkur“ an, in welcher das ultramontane Blatt die Anhänger des Septennats mit den Christen vergleicht, die vor der Jupiterstatue opfereten: „Die Befürworter des Septennats stehen auf der einen, die Befürworter des Triennats auf der andern Seite. Trotzdem überschätzen die Wählermassen durchaus nicht die Bedeutung dieser Terminfrage. Dieselbe ist zu vergleichen mit dem Können Weibtrauen, welches die alten Christen vor der Jupiterstatue opfern sollten. Das Können selbst ist Nebensache, aber die Bedeutung und die Konsequenzen des Aktes — darauf kommt es an. Wer unter den obwaltenden Umständen im Reichstage für das Septennat stimmte, der verschrüb sich damit der all-

mächtigen Regierung; wer gegen das Septennat stimmte, der proklamirte sich damit als Verteidiger der Parlaments- und Volksrechte, wie sie uns die Verfassung gewährleistet. Servilismus und Freiheit stehen sich gegenüber; die Zahlen 3 und 7 sind die Unterscheidungszeichen der ringenden Heere.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 3. Februar.

Das „Verordnungsblatt der Steuerdirektion“ Nr. 1 bringt Bekanntmachungen wegen der Postsendungen der Staatsbehörden, der steuerlichen Abfertigung von Bierfendungen und der Kassen- und Rechnungsführung bei den Centralkassen, eine Verordnung, die Steuerrückvergütung für Branntwein, welcher zu gewerblichen Zwecken verwendet wird, eine Bekanntmachung über die Ausbildung des Personals für das direkte Steuerwesen, Personalnachrichten und die Mittheilung von Todesfällen.

Das „Verordnungsblatt der Zolldirektion“ Nr. 2 enthält Bekanntmachungen, betreffend die Berichtigung des Verzeichnisses derjenigen Waaren, für welche an inländischen Börsen Terminpreise notirt werden, die im deutschen Zollgebiet bestehenden Zoll- und Steuerstellen, die Kassen- und Rechnungsführung bei den Centralkassen und Personalnachrichten. — Dasselbe Verordnungsblatt Nr. 23 enthält die kaiserliche Verordnung vom 25. Januar, das Verbot der Ausfuhr von Pferden betr.

(Zur Privatpostbestellung) wird uns geschrieben: Von den in den Rheinlanden gegründeten Privatanstalten zur Beförderung von Paceten haben diejenigen in Elberfeld, Bonn, Köln (Rhein), Crefeld, München-Glabach und Rheidt (Bezirk Düsseldorf) in rascher Aufeinanderfolge ihren Betrieb nach kurzem Versehen wieder einstellen müssen. Charakteristisch ist dabei, daß die Leitung des soeben erloschenen Unternehmens in München-Glabach sich nicht bewegen gefühlt hat, irgend welche öffentliche Mittheilung über die Einstellung des Betriebes zu machen. Die Unternehmer sind also mit ähnlicher Rücksichtslosigkeit vorgegangen, wie die verlassene „Berliner Hansa“, welche erst nach erfolgtem Schluß der Annahmestellen eine kurze Benachrichtigung hierüber bekannt gegeben hat, worin weitere Maßregeln für die Einlösung der noch in den Händen des Publikums befindlichen Wertheichen der „Hansa“ in Aussicht gestellt waren. Der letzte Theil jener Bekanntmachung weist auf eine höchst bedenkliche Seite solcher Unternehmungen hin. In dem Umstande, daß die Privatunternehmer für ihre Anstalten eigene Wertheichen ausgeben und also gewissermaßen beim Publikum eine öffentliche Anleihe machen, für welche bezüglich der Einlösung beim Aufhören der Wirksamkeit jener Unternehmen keinerlei Gewähr geleistet ist, liegt eine schwer wiegende Gefahr, welche zu erheblicher Schädigung des Publikums führen kann.

(VII. Deutscher Geographentag.) Für das wachsende Interesse unserer Zeit an der Entwicklung der geographischen Wissenschaften legen die seit 1882 jährlich stattfindenden Geographentage herabes Zeugniß ab. Unter der Mitwirkung der bedeutendsten Fachgelehrten werden hier die neuesten Fortschritte und Bestrebungen auf dem Gebiet der Erdkunde, auch Angelegenheiten der Schulgeographie zum Gegenstand von Verhandlungen und Anregungen gemacht und es vögen bei diesem Anlaß auch namhafte Forschungsreisende über ihre Erfunde und Erlebnisse zu berichten. Nachdem seither in Berlin, Halle, Hamburg, Frankfurt a. M., München und Dresden getagt worden, soll der VII. Deutsche Geographentag demnachst — nämlich im Laufe der mit dem Ostermontag beginnenden Woche — in Karlsruhe abgehalten werden. Der seitherigen Uebung entsprechend, ist beabsichtigt, für die Dauer des Geographentags und der demselben vorangehenden Versammlung der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft eine öffentliche Ausstellung zu veranstalten, in welcher die Entwicklung der südwestdeutschen Kartographie, die neueste geographische Literatur einschließlich der Kartenwerke, geographische Unterrichtsmittel und Aehnliches mehr, desgleichen auch Landeserzeugnisse, Waffen und sonstige ethnologische Gegenstände möglichst aus unseren überseeischen Schutzgebieten zur Anschauung gebracht werden sollen. Man darf aber wohl auch hoffen, daß Gemeindefürsorge, Vereine und Private, welche sich im Besitz irgendwelcher interessanter Kartenwerke, von Reliefarten, von landschaftlichen und ethnographischen Darstellungen und von Sammlungen der letzteren Art befinden, sich geneigt zeigen möchten, solche Gegenstände für die Ausstellung zu überlassen, wie dies ja auch im Jahr 1881 von den Besitzern kunstgewerblicher Gegenstände für die damalige Karlsruher Ausstellung unter allgemeiner Anerkennung und zum Nutzen weiter Kreise geschehen ist. Wie wir vernehmen, haben die Vorbereitungen für den VII. Geographentag unter der Leitung des Herrn Geheimrath Dr. Harbeck begonnen und ist auch schon eine besondere Ausstellungskommission unter dem Vorsitz des Herrn Vaudirektor Souffel in Thätigkeit getreten.

Baden, 2. Febr. (Vinzentiusverein.) Nach dem Jahresbericht des Vinzentiusvereines, dessen Zweck Verpflegung und Unterstützung von Kranken ohne Unterschied der Konfession ist, betrug die Mitgliederzahl 900. Zur Verpflegung der Kranken sind 13 Schwestern vom heiligen Kreuz (Mutterhaus Jungentohl) und 3 Kandidatinnen vorhanden, die zusammen in der Stadt 208 und im Vinzentiushaus 171 Kranke verpflegten (Tagspflegen 1362, Nachtpflegen 2048, Besuche mit Dienstleistungen 2147). Außerdem wurden 129 dürftige Kranke durch Verabreichung von Fleischbrühe, Fleisch, Wein und Stärkungsmitteln aller Art unterstützt. Der Gesamtaufwand hiefür betrug 6226 M. 59 Pf. (darunter 1546 M. 59 Pf. für Materialunterstützungen); diesen Ausgaben steht eine Einnahme von 6529 M. 4 Pf. gegenüber. Eine Anzahl hoher fürstlicher Persönlichkeiten interessirt sich lebhaft für den Verein und leistet namhafte Beiträge. Eine hervorragende Wohlthäterin verlor der Verein an der Fürstin Isabella Gagarine († 25. Januar 1885). Die Anzahl der Mitglieder könnte, im Verhältnis zur Einwohnerzahl, eine erheblich größere sein.

Gernsbach, 2. Febr. (Landwirtschaftliche Versammlung.) Unser Landwirtschaftlicher Bezirksverein hatte auf letzten Sonntag in das Gasthaus zur Blume in Obertroth eine landwirtschaftliche Versammlung angeordnet, in welcher Herr Oberregierungsath Bythin aus Karlsruhe vor einer außerordentlich zahlreichen Zuhörerschaft einen Vortrag über Aufzucht von

